



Bildung und Europa – aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen für evangelische Bildungsverantwortung

Einleitung

Die nachfolgenden Überlegungen gehen zurück auf die Bitte der gliedkirchlichen Konferenz der Referentinnen und Referenten für Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen (BESRK), am 31. Januar 2013 bei ihrer 85. Zusammenkunft in der Ev. Akademie in Hofgeismar eine Einführung zu aktuellen Entwicklungen „Bildung und Europa“ zu geben. Der Beitrag gab Anlass für eine lebhaft diskutierte Diskussion u.a. darüber, wie Entwicklungen und Themen im Bereich Europäisierung von Bildung intensiver wahrgenommen werden könnten und ob es nicht möglich wäre, eine Art „Frühwarnsystem“ zu etablieren, das Möglichkeiten eröffnet, sich aktiv am europäischen Bildungsdiskurs zu beteiligen. In Weiterführung der Impulse aus Hofgeismar wird nun dieser Text als Grundlage, Baustein und Anregung für weiterführende Überlegungen vorgelegt. Rückmeldungen dazu sind sehr willkommen.

Für die Konturierung eines evangelischen Beitrags zum europäischen Bildungsdiskurs sind folgende Ausgangspunkte zentral:

1. Spätestens seit dem Treffen des Europäischen Rates im Jahr 2000 in Lissabon intensiviert sich die Entwicklung eines Europäischen Bildungsraumes und einer Europäischen Bildungspolitik. Damit verbundene Prozesse können als „Europäisierung von Bildung“ beschrieben werden.
2. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind als Partner für Dialog und Projekte erwünscht. Bestehende Austauschprogramme der EU u.a. in den Bereichen Schulbildung (Comenius), beruflichen Bildung (Leonardo da Vinci), Hochschule (Erasmus) und Erwachsenenbildung (Grundtvig) stehen kirchlichen Trägern offen. Von Seiten der politischen Institutionen (Europäische Union und Europarat) ist eine Beteiligung der Kirchen und Religionsgemeinschaften am europäischen Bildungsdiskurs ausdrücklich erwünscht.¹

¹ Belege dafür sind die seit 2008 vom Europarat regelmäßig durchgeführten *Exchanges* mit Kirchen und Religionsgemeinschaften zu Fragen des interkulturellen Dialogs und der religiösen



In diesem Beitrag geht es zunächst um eine Beschreibung der „Ausgangslage“, unter dem Stichwort: Europäisierung von Bildung. Anschließend werden zwei Schlüsseldokumente aus dem Bereich der Europäischen Union zum Bereich Bildung vorgestellt und in einem dritten Teil finden sich Anregungen im Blick auf Akteure und Bezüge, die eine Konturierung evangelischer Bildungsverantwortung im europäischen Kontext unterstützen (könnten) sowie stichwortartig im Blick auf anstehende Themen und Aufgaben.

Weiterführende Argumentationen und eine empirische Fundierung der hier vorgelegten Argumente finden sich in der Studie: „Religion im Kontext einer Europäisierung von Bildung. Eine Rekonstruktion europäischer Diskurse und Entwicklungen aus protestantischer Perspektive“ (Schreiner 2012). Darin wird anhand von ausgewählten Dokumenten des Europarates und der Europäischen Union untersucht, ob Religion im Rahmen von Prozessen einer Europäisierung von Bildung vorkommt und wenn ja, in welcher Weise Religion und der Zusammenhang von Religion und Bildung thematisiert werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Analyse lässt sich zusammenfassend festhalten, dass sich Bildung und Ausbildung zu einem Schlüsselthema europäischer Integration entwickelt hat, dass es, insbesondere im Rahmen des Europarates, zu einer zunehmend differenzierten Wahrnehmung von Religion kommt, dass vermehrt auf gemeinsame Werte der Religionsgemeinschaften und der europäischen Institutionen rekurriert wird (Beispiele dafür sind die Empfehlung 1720 [2005] *Education and religion* der Parlamentarischen Versammlung und das *Weißbuch zum Interkulturellen Dialog: ‚Gleichberechtigt in Würde zusammenleben‘* [2008], verabschiedet vom Ministerkomitee, vgl. Schreiner 2012, S. 126-133 und 157-169) und dass ein regelmäßiger Dialog sowohl im Rahmen des Europarates als auch der Europäischen Union erwünscht ist und auch geführt wird.

Europäisierung als theoretische Perspektive

Das Konzept „Europäisierung“ reflektiert die Komplexität laufender Prozesse zwischen Europa und den Nationalstaaten (vgl. Cowles et al. 2001; Featherstone & Radaelli 2003; Börzel 2006; Dale & Robertson 2009; Risse 2010). Ursprünglich im Bereich der Politikwissenschaft in der Auseinandersetzung und Weiterführung

Dimension sowie die Formulierung in Art. 17 des Lissabonner Vertrages, in dem von einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ der Institutionen der Europäischen Union mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften gesprochen wird. Infos zu den Förderprogrammen finden sich unter: <http://www.lebenslanges-lernen.eu/>



bestehender Theorieansätze zur europäischen Integration entwickelt, findet dieser Ansatz zunehmend auch Verwendung in den Sozialwissenschaften und in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften (vgl. Dale 2009). Ulrich Beck und Edgar Grande (2005) gehen von der These aus: „Europa gibt es nicht, es gibt nur Europäisierung“. Damit bringt er zum Ausdruck, dass die europäische Integration von Beginn an ein dynamischer, ergebnisoffener Prozess war. Er unterscheidet zwei Richtungen im Prozess einer Europäisierung: nach *innen* als ständige Kompetenzerweiterung der EU und daraus resultierender struktureller Anpassungen in den Mitgliedstaaten; nach *außen*, durch die Erweiterungen der Gemeinschaft und den Export von Normen und Regeln.

Hilfreich ist Becks Unterscheidung zwischen einer *vertikalen* und einer *horizontalen* Europäisierung. Während die vertikale Europäisierung die „Öffnung des nationalen Containers nach oben“ bedeutet, geht es bei Prozessen einer horizontalen Europäisierung um eine alltagsweltliche, zivilgesellschaftliche Integration Europas. Die Kooperation der evangelischen Kirchen im Rahmen der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE ist ein gutes Beispiel für diese „horizontale“ Entwicklung.

Im Blick auf europäische Bildungspolitik ist ein gemeinsamer Ausgangspunkt die Einsicht nationaler und europäischer Politiker, dass die Bildungs- und Ausbildungssysteme den Anforderungen einer sich globalisierenden Weltwirtschaft nicht genügen. Um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können, müssen Qualität gesteigert und Effizienz erhöht werden. Es geht um „Reformen der Systeme des lebenslangen Lernens auf einzelstaatlicher Ebene, die Modernisierung des Hochschulwesens und die Entwicklung von gemeinsamen europäischen Instrumenten, die die Qualität, Transparenz und Mobilität fördern“ (Europäischer Rat 2009, ET 2020, C 119/02). Damit sind bereits Schlüsselthemen genannt, die im europäischen Bildungsdiskurs dominieren. Es geht um mehr Transparenz im Blick auf die Leistungen der Bildungs- und Ausbildungssysteme, um Qualität, Mobilität, Flexibilität und zusammenfassend um *Arbeitsmarktfähigkeit bzw. Beschäftigungsfähigkeit*.

Als zentrale Methode für die Kooperation zwischen und mit den Mitgliedstaaten kommt die *Offene Methode der Koordinierung* zu Anwendung, als „soft law“, die wirksam werden kann außerhalb der vom Primärrecht zugebilligten Kompetenzen. Instrumente darin sind Verabredungen gegenseitigen Lernens, statistische Vergleiche, Leitlinien und Benchmarks sowie Empfehlungen der Europäischen Kommission.



Im Rahmen einer Europäisierung von Bildung wurden folgende Prozesse etabliert, die insgesamt einen „Europäischen Bildungsraum“ und eine Europäische Bildungspolitik konturieren:

Im *Lissabon-Prozess* (seit 2000) geht es um eine verbesserte Qualität und Effizienz der Bildungs- und Ausbildungssysteme in Europa (vgl. Bektchieva 2004; Pépin 2006).

Der *Bologna-Prozess* (seit 1999) strebt einen einheitlichen Europäischen Hochschulraum an (vgl. Maeße 2010; Maassen/Olsen 2007). Im *Kopenhagen-Prozess* (seit 2002) geht es um mehr Kooperation, Transparenz und Qualitätsentwicklung im Bereich der beruflichen Bildung (vgl. Schreiner 2012, 37f.).

Die zunehmende Europäisierung von Bildung, die sich in diesen Prozessen materialisiert, ist im Zusammenhang zu sehen mit den geltenden rechtlichen Grundlagen. Nach geltendem Recht kommen der EU im Bildungsbereich nur eine unterstützende Kompetenz (*supporting competence*) und eine die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzende Funktion zu. Der entsprechenden Artikel des geltenden Vertrags (Art. 165) lautet:

„Die Union trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochwertigen Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie die Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“

Damit ist ein *Bildungsdilemma für die EU* verbunden. Einerseits verbleibt die Kompetenz für Bildung im Blick auf Inhalte und Struktur bei den Mitgliedstaaten, andererseits erhöht sich der Druck, im Bereich der EU eine „qualitativ hochstehende Bildung“ erreichen zu wollen.

Mit dem Beschluss des Europäischen Rates in Lissabon (2000) die Europäische Union zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden zu lassen, hat nun ein *Paradigmenwechsel* im Blick auf die Bedeutung von Bildung und Ausbildung für die europäische Integration stattgefunden. Bildung und Ausbildung wurden zu zentralen Elementen der europäischen Integration.

In der Umsetzung des Beschlusses von Lissabon wurde ein Detailliertes Arbeitsprogramm (Europäischer Rat 2002) erarbeitet und verabschiedet, das erstmals einen differenzierten Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung festgelegt hat, auf gemeinsamen Zielen beruht und die Verbesserung der nationalen Bildungs- und Berufsbildungssysteme bewirken will. Als Leitbegriffe, die auch den Strategischen Rahmen



(2009, s. unten) bestimmen, haben sich die Forderung nach *lebenslangem Lernen* und die Gestaltung *einer globalen Wissensgesellschaft* etabliert.

Die bestehenden Aktionsprogramme wurden unter dem Titel „Lebenslanges Lernen“ zusammengefasst (Europäisches Parlament/Europäischer Rat 2006), Überlegungen zu Schlüsselkompetenzen vorgelegt (Europäische Kommission 2007), und es wurden weitere Empfehlungen zur Realisierung lebenslangen Lernens gegeben. Insgesamt haben konzeptionelle und kommunikative Initiativen im Bereich allgemeine und berufliche Bildung nach 2000 deutlich zugenommen.

In Aktualisierung und Fortführung der Lissabon Strategie wurde 2010 eine neue Strategie veröffentlicht: „Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (vgl. Schreiner 2012, S. 236-239). Als sich gegenseitig verstärkende Prioritäten beinhaltet sie: *Intelligentes Wachstum*: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft; *Nachhaltiges Wachstum*: Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft und *Integratives Wachstum*: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt. In der Strategie findet sich als eine von sieben Leitinitiativen, die Leitinitiative „Jugend in Bewegung“, mit dem Ziel, die „Bildungssysteme leistungsfähiger zu machen und den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern“.

Vom Strategischen Rahmen zu neuen Denkansätzen von Bildung:

Analyse von Schlüsseldokumenten

Nach der summarischen Darstellung von Leitinitiativen, die sich an weitergehenden Konzeptionen der europäischen Integration orientieren, soll es nun anhand von zwei Schlüsseldokumenten konkreter um Zielsetzungen, Maßnahmen und Inhalte für den Bereich Bildung und Ausbildung gehen.

Bei den zwei Dokumenten handelt es sich um den 2009 veröffentlichten „Strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (nachfolgend: ET 2020, Europäische Kommission 2009, vgl. Schreiner 2012, 232-236)“ und um die Mitteilung der Europäischen Kommission vom November 2012: „Neue Denkansätze von Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen“ (Europäische Kommission 2012).

In ET 2020 heißt es im Blick auf den Stellenwert lebenslangen Lernens:

„Lebenslanges Lernen wäre also tatsächlich als ein Grundprinzip des gesamten Rahmens anzusehen, das jede Art des Lernens – formal, nicht formal oder in-



formell – auf allen Ebenen abdecken soll: von der Bildung im frühen Kindesalter und der Schulbildung über die Hochschulbildung und die Berufsausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung.“

Das 2009 veröffentlichte Dokument soll einen Rahmen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung bis zum Jahr 2020 bieten. Als allgemeine Zielsetzung der Bildungs- und Ausbildungssysteme werden folgende vier strategische Ziele angeführt:

1. Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität
2. Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung
3. Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns
4. Förderung von Innovation und Kreativität – einschließlich unternehmerischen Denkens – auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung.

In dieser Auflistung zeigt sich durchaus ein integriertes Bildungsverständnis, das über die erwähnten Zielsetzungen Arbeitsmarktfähigkeit, Mobilität und Flexibilität hinausgeht und Aspekte von Persönlichkeitsbildung thematisiert, die nicht sogleich unter Leistung und Arbeitsfähigkeit verrechnet werden können. Dies könnte man vermuten, wenn nicht die Erläuterungen zu diesen Zielen im Dokument selbst wiederum eine Engführung auf ökonomisch verwertbare Zielsetzungen von Bildung und Ausbildung bedeuten würden. So wird Mobilität als „Schlüsselement für lebenslanges Lernen“ thematisiert, und „Qualität und Effizienz“ einlinig auf die Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit fokussiert. Und die Ausführungen zum dritten strategischen Ziel bleiben allgemein und schwach in ihrer Forderung nach „Schlüsselkompetenzen, die „weiteres Lernen, aktiven Bürgersinn und interkulturellen Dialog fördern“ (119/4). Immerhin wird ergänzend angeführt, dass das „Bildungswesen „interkulturelle Kompetenzen, demokratische Werte und die Achtung der Grundrechte der Umwelt“ fördern soll. Aber das reicht als Konkretion bei weitem nicht aus.

Im Blick auf das strategische Ziel Innovation und Kreativität wird auf die Notwendigkeit von bereichsübergreifenden Schlüsselkompetenzen hingewiesen (u.a. Computerkompetenz, Lernkompetenz, Initiativegeist und unternehmerisches Denken sowie Kulturbewusstsein). Unterstrichen wird die offene Methode der Koordinierung (OMK), die sich an den vier genannten strategischen Zielen orientieren soll und folgende Elemente beinhaltet:



- Gemeinsame Referenzinstrumente und Konzepte
- ‚peer learning‘ und Austausch erfolgreichen Praktiken
- Regelmäßige Beobachtung und Berichterstattung
- Empirische Daten und Daten aller einschlägigen europäischen Agenturen, europäischen Netze und internationalen Organisationen.

Neue Arbeitsmethoden werden vorgeschlagen, die verhindern sollen, dass die Zielsetzungen ähnlich verpuffen, wie dies mit den Zielen der Lissabon-Strategie geschehen ist. Dazu gehören die Umsetzung von Prioritäten in dreijährigen Arbeitszyklen, aktive Verbreitung der erzielten Ergebnisse, Beobachtung der Prozesse und „Fortschrittsberichte“.

Benchmarks (Durchschnittsbezugswerte) und Prioritäten werden zu folgenden Bereichen genannt:

- Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen
- Schüler mit mangelnden Grundkompetenzen
- Erwerb von Hochschulabschlüssen
- Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger
- Vorschulbildung.

In diesen Bereichen soll es Verbesserungen geben.

Zum Stellenwert des Dokuments insgesamt ein Zitat des BMBF:

„Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik kann heute nur unter Einbeziehung europäischer und internationaler Entwicklungen gestaltet werden. Der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung definiert die Prioritäten und Zielsetzungen der europäischen Bildungszusammenarbeit. Er ist darüber hinaus ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ und der darin definierten Ziele für den Bildungsbereich.“
[<http://www.bmbf.de/de/542.php>]

Ein zweites Beispiel, das die Überlegungen europäischer Bildungspolitik aktuell repräsentiert, ist das Dokument der Europäischen Kommission vom November 2012: „Neue Denkansätze von Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen.“

[http://ec.europa.eu/education/news/rethinking/com669_de.pdf]

Es ist als „Mitteilung“ der Europäischen Kommission veröffentlicht, also als politisches Dokument, das Impulse setzen und eine Diskussion anregen will. Zu diesem Dokument läuft die fachliche Auseinandersetzung unter der irischen Präsi-



deutschheit in der ersten Hälfte 2013 gerade an. Insgesamt wird dem Dokument eine hohe Bedeutung zugemessen. Es ist in fünf Punkte gegliedert

1. Bildung und Qualifikation als strategische Faktoren für Wachstum
2. Herausforderungen für die Mitgliedstaaten
3. Prioritäten
4. Europäische Ebene: Koordinierung und Beiträge
5. Schlussfolgerungen

Kontext und Ausgangspunkt der darin vorgelegten Überlegungen finden sich in folgendem einleitenden Zitat, das sehr deutlich macht, dass es in erster Linie um die Förderung qualifizierter Arbeitskräfte, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erzeugen. Es heißt zu Beginn des Dokuments:

„Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung zur Verbesserung der Qualifikationen sind für die Steigerung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung, denn nur durch qualifizierte Arbeitskräfte kann Europa seine Produktivität weiter steigern. Längerfristig können Qualifikationen die Innovation und das Wachstum vorantreiben, die Produktion auf eine höhere Stufe der Wertschöpfungskette verlagern, die Bündelung höher qualifizierter Arbeitskräfte in der EU anregen und den künftigen Arbeitsmarkt prägen.“ (S. 2)

Auf dieser Grundlage werden folgende Forderungen an die Mitgliedstaaten gerichtet:

- Qualifikationen für das 21. Jahrhundert aufbauen
- Offenes und flexibles Lernen anregen und
- Gemeinsame Anstrengungen fördern.

Dies schlägt sich in sechs Prioritäten nieder, die in den Mitgliedstaaten realisiert werden sollen:

- Förderung von Exzellenz in der beruflichen Aus- und Weiterbildung
- Verbesserung der Leistungen von Schülergruppen mit hohem Schulabbruchrisiko und geringen Grundfertigkeiten
- Verstärkte Vermittlung von Querschnittskompetenzen, die die Beschäftigungsfähigkeit steigern, z.B. Unternehmergeist, digitale Kompetenz und Fremdsprachen.
- Verringerung der Zahl gering qualifizierter Erwachsener.



- Verstärkung des IKT-gestützten Lernens und Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen OER.
- Überprüfung und Stärkung des Profils aller Lehrberufe

Die unterstützende Funktion auf EU-Ebene schlägt sich in folgenden Maßnahmen nieder:

- Verstärkung der länderspezifischen Ausrichtung und Unterstützung der Mitgliedstaaten
 - o Grundlage schaffen für „Länderüberwachung“ (peer reviews und Online-Bewertung von Bildung und Qualifikationen)
- Ausbildungsallianz
- Europäischer Raum der Kompetenzen und Qualifikationen
- Wachstumsorientierte Bildungsfinanzierung
- Europäische Initiative zur Öffnung der Bildung
- Förderung von Partnerschaften zwischen Bildung, Wirtschaft und Forschung

Noch deutlicher als in früheren Dokumenten werden hier Bildung und Qualifikation als strategische Faktoren für Wachstum betrachtet und funktionalisiert. Sind die allgemeinen Forderungen an die Mitgliedstaaten einsichtig und nachvollziehbar, so werden diese bei den Prioritäten, die in den Mitgliedstaaten realisiert werden sollen und mehr noch in den „unterstützenden“ Maßnahmen auf der EU-Ebene deutlich ökonomisiert und an Wachstum und Interessen der Wirtschaft ausgerichtet.

Soweit beispielhaft zwei Schlüsseldokumente, die für die weitere Diskussion im Rahmen einer Europäisierung von Bildung von hohem Interesse sind. Der Strategische Rahmen beinhaltet die Verabredung, nationale Fortschrittsberichte alle zwei Jahre im Blick auf die darin enthaltenen Indikatoren und Zielsetzungen zu erstellen.

Der Mitteilung zu neuen Denkansätzen für die Bildung ist ein umfassender Bericht über die allgemeine und berufliche Bildung beigegeben sowie fünf weitere Arbeitsunterlagen der Kommissionsdienststellen, in denen politisch relevante Fakten dargelegt und Beispiele für bewährte Verfahren vorgestellt werden.



Anregungen

Als dritten und letzten Punkt möchte ich gerne auf einige Akteure und Bezüge in diesem Feld hinweisen und Themen und Aufgaben benennen.

- Zunächst ist auf das *EKD-Büro in Brüssel* (Leitung: OKRin Kathrin Hatzinger) hinzuweisen, das dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union (Prälat Dr. Bernhard Felmberg) unterstellt ist. Es wurde dort eine gemeinsame Projektstelle mit der aej eingerichtet, die sich um Jugend- und Bildungspolitik kümmert und diesen Bereich aktiv begleitet (Doris Klingenhagen). Es gibt im EKD Büro Brüssel eine neu eingerichtete Förderstelle, die beratend und begleitend im Blick auf Anträge und Förderprogramme der EU wirkt (regelmäßiger elektronischer Info-Brief) und schließlich ist hinzuweisen auf die mehrmals jährlich erscheinenden EKD Europa-Informationen mit aktuellen Berichten und Meldungen solcher europäischer Vorgänge, die für die kirchliche Arbeit von Belang sind [<http://www.ekd.de/bevollmaechtigter/bruessel.html>].
- Die Konferenz Europäischer Kirchen hat vor drei Jahren eine Arbeitsgruppe Education eingerichtet, die sich insbesondere mit Fragen von EDC beschäftigt hat und die ein Arbeitspapier für die Mitgliedskirchen zu dem erwähnten Strategischen Rahmen entwickelt hat [<http://www.ceceurope.org/>].
- Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE hat bei ihrer letzten VV in Florenz 2012 die Regionalgruppe Süd-Ost-Europa gebeten, eine Studie mit dem Titel „Bildung für Zukunft“ zu erstellen.
- Die beiden europäischen Organisationen IV und ICCS² begleiten aktiv die Politik des Europarates und der Europäischen Union in diesem Bereich, kooperieren mit KEK und GEKE im Rahmen der dort vorhandenen Aktivitäten und Möglichkeiten im Bereich Bildung. Gemeinsam geben IV & ICCS geben zweimal jährlich einen elektronischen Informationsbrief in Englisch, Deutsch und Französisch heraus (zugänglich über: www.int-v.org und www.iccsweb.org), in dem über wesentliche Entwicklungen zu „Europa und Bildung“ berichtet wird.

² IV steht für International Association for Christian Education, eine Organisation, die sich insbesondere um die Zusammenarbeit der Protestantischen Schulen in Europa kümmert und ICCS, für die Intereuropean Commission on Church and School, ein Netzwerk von Bildungsverantwortlichen protestantischer, anglikanischer und orthodoxer Kirchen in Europa sowie von Instituten und universitären Einrichtungen.



Themen und Aufgaben

- Europäische Dimension im Bildungsbereich,
Förderung europäischer Identität

In Zeiten der „europäischen Krise“, in denen Fragen nach Sinn und Zweck der Europäischen Union und der europäischen Integration neu und kontrovers thematisiert werden, (Beck 2012, Cohn Bendit/Verhofstadt 2012, Menasse 2012) ist es eine vordringliche Aufgabe evangelischen Bildungsbewusstseins, auf Europa als Friedens- und Versöhnungsprojekt hinzuweisen, zu dem es keine Alternative gibt. (Der Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider unterstützt die Kampagne „Ich will Europa“. Der Rat der EKD 18.10, hat am 18.10.2012 ein „Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland [EKD] zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts“ veröffentlicht, Text in: EKD Europa-Informationen Nr. 141, Dezember 2012, 3-6 und über www.ekd.de)

- European Democratic Citizenship –Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Gemeinsinn in der EU

2013 hat die Europäische Union zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger ausgerufen, um die Hindernisse zur Wahrnehmung der mit dem Vertrag von Maastricht 1993 eingeführten Unionsbürgerschaft zu thematisieren. Die Entwicklung einer Unionsbürgerschaft sollte zum Anlass genommen werden, stärker das Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen europäischen Zukunft zu fördern. Dazu gehört, von den neuen Möglichkeiten der Beteiligung, wie sie in Art. 11 des Vertrags über die EU festgehalten sind, aktiv Gebrauch zu machen (offener, transparenter und regelmäßiger Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft; Anhörungen der vom Handeln der EU Betroffenen; Bürgerinitiative zu Rechtsakten).

- Interkulturelle Bildung unter Einbeziehung der religiösen Dimension (Europarat)

Im Rahmen des Europarates hat die Beschäftigung mit Religion und der religiösen Dimension in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen (vgl. Schreiner 2012, 101-216, ebenso die Empfehlung 1962 [2011] „*The religious dimension of intercultural dialogue*“ der Parlamentarischen Versammlung, in der eine genuine Partnerschaft für Demokratie und Menschenrechte zwischen dem Europarat und den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie humanistischen Organisationen vorgeschlagen wird.) Damit verbundene Dialog- und Beteiligungsmöglichkeiten sollten aktiv



wahrgenommen werden, um Erfahrungen aus dem deutschen Kontext in den europäischen Diskurs einzubringen.

- Auseinandersetzung mit einem einseitigen Bildungsverständnis einer „Wissensgesellschaft“.

Die „Wissensgesellschaft“ ist eine dominante Zeitdiagnose mit Gewicht im europäischen Diskurs (vgl. Bittlingmayer/Bauer 2006). Insbesondere im Rahmen der EU wird damit eine Förderung des „Humankapitals“ verbunden und Bildung und Lernen als Schlüssel zu höheren Wachstums- und Beschäftigungsraten angesehen. Das Konzept des lebenslangen Lernens gilt als Schlüssel für den Einzelnen in der Wissensgesellschaft und hat sich als leitendes Paradigma europäischer Bildungspolitik etabliert. Die protestantische Perspektive sollte kritisch sein gegenüber Wissen als unmittelbarem Produktionsfaktor und gegenüber anderen Implikationen von Wissensgesellschaft. Wissen ist daraufhin zu überprüfen, „wozu es dem einzelnen und dem Zusammenleben der Menschen dient“ (Kirchenamt der EKD 2003, 69).

- Widerspruch gegen ein verkürztes, politisch funktionalisiertes Verständnis von Religion

Die Öffnung der europäischen politischen Institutionen, zunehmende Dialogofferten und die Betonung gemeinsamer Werte, beinhalten die Gefahr, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften als wertvolle Beiträger politischer Zielsetzungen gesehen und für diese verzweckt werden. Auf diese Gefahr ist hinzuweisen und zugleich zu verdeutlichen, dass sich Kirchen und Religionsgemeinschaften als kritisches Korrektiv für Politik und politische Institutionen verstehen (können), im Sinne einer „beredten Loyalität“ (N. Schneider), die den Grundgedanken europäischer Integration mitträgt, jedoch gerade auch eine kritische Komponente zum Tragen kommen lässt.



- Den Beitrag evangelischen Bildungshandeln für die nationale und europäische Zivilgesellschaft in den europäischen Bildungsdiskurs einbringen.
Erfahrungen und Positionen evangelischen Bildungshandeln von eigenen Bildungsaktivitäten z.B. Konfirmandenarbeit bis zur Mitverantwortung für staatliche Bildungspolitik und protestantische Positionen zu Bildung, lebenslanges Lernen, Wissensgesellschaft etc. aber auch zu Religion und Öffentlichkeit und zur Funktion und dem Beitrag von Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Zivilgesellschaft sollten aktiver eingebracht werden.

Literatur

- Beck, Ulrich (2012): Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich; Grande, Edgar (2005): Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Orig.-Ausg., 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Zweite Moderne).
- Bektchieva, Jana (2004): Die europäische Bildungspolitik nach Maastricht. Münster: Lit (Zur Zukunft Europas, 4). Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/hebis-darmstadt/toc/120546124.pdf>.
- Bittlingmayer, Uwe H.; Bauer, Ullrich (Hg.) (2006): Die „Wissensgesellschaft“. Mythos, Ideologie oder Realität? 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Börzel, Tanja A. (2006): Europäisierung der deutschen Politik? In: Manfred G. Schmidt und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Aussenpolitik seit 1949. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 491–509.
- Busemeyer, Marius R. (2009): Europäisierung der deutschen Berufsbildungspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschehen (45), S. 25–31.
- Cohn-Bendit, Daniel; Verhofstadt, Guy (2012): Für Europa! Ein Manifest. München: Hanser.
- Cowles, Maria Green; Caporaso, James A.; Risse, Thomas (Hg.) (2001): Transforming Europe. Europeanization and domestic change. Ithaca: Cornell Univ. Press (Cornell studies in political economy).
- Dale, Roger; Robertson, Susan L. (Hg.) (2009): Globalisation & Europeanisation in Education. Oxford U.K.: Symposium Books.
- Europäische Kommission (2007): Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen. Ein Europäischer Referenzrahmen. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Europäische Kommission (2012): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen. Straßburg (COM[2012] 669 final). Online: http://ec.europa.eu/education/news/rethinking/com669_de.pdf.
- Europäischer Rat (2002): Detailliertes Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, C 142).



- Europäischer Rat (2009): Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“). 2009/C 119/02 (Amtsblatt der Europäischen Union, C 119/2).
- Europäisches Parlament/Europäischer Rat (2006): Beschluss Nr. 1720/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens (Amtsblatt der Europäischen Union, L 327, S. 45–68).
- Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M. (Hg.) (2003): *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford Univ. Press. Online verfügbar unter: <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0616/2003536607-d.html>.
- Kirchenamt der EKD (Hg.) (2003): *Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft. Eine Denkschrift des Rates der EKD*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Maassen, Peter A. M.; Olsen, Johan P. (Hg.) (2007): *University dynamics and European integration*. Dordrecht: Springer (Higher education dynamics, 19).
- Maeße, Jens (2010): *Die vielen Stimmen des Bologna-Prozesses. Zur diskursiven Logik eines bildungspolitischen Programms*. Bielefeld: Transcript.
- Menasse, Robert (2012): *Der Europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss*. Wien: Zsolnay.
- Pépin, Luce (2006): *The history of European cooperation in education and training. Europe in the making - an example*. Luxembourg: Off. for Off. Publ. of the Europ. Communities. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/hbz/toc/ht014912561.pdf>.
- Risse, Thomas (2010): *A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres*. Ithaca: Cornell Univ. Press.
- Risse, Thomas; Cowles, Maria Green; Caporaso, James A. (2001): *Europeanization and Domestic Change: Introduction*. In: Maria Green Cowles, James A. Caporaso und Thomas Risse (Hg.): *Transforming Europe. Europeanization and domestic change*. Ithaca: Cornell Univ. Press (Cornell studies in political economy), S. 1–20.
- Schreiner, Peter (2012): *Religion im Kontext einer Europäisierung von Bildung. Eine Rekonstruktion europäischer Diskurse und Entwicklungen aus protestantischer Perspektive*. Münster, New York NY, München, Berlin: Waxmann (Religious diversity and education in Europe, 22).